



Hilchenbach hofft, den Nothaushalt bald hinter sich zu lassen. Ist das Haushaltssicherungskonzept genehmigt, wird das Herbstlaub wohl nicht der einzige „blühende“ Farbtupfer im Stadtbild bleiben. Foto: Anja Bieler-Barth

Hilchenbacher Nothaushalt Steuern werden erhöht

Hilchenbach. Um so schnell wie möglich dem Nothaushalt zu entkommen, votierte eine breite Ratsmehrheit u.a. für die Anhebung von Grund- und Gewerbesteuer.

nja - Steuererhöhungen gelten gemeinhin als Ultima Ratio, als sicherlich ungeliebte Krücke, um eigenständig bewegungsfähig zu bleiben. Hilchenbach geht mit Blick auf die finanziellen Handlungsspielräume bekanntlich am Stock. Die Lähmung der Kommune im Nothaushalt, deren Auswirkungen bereits spürbar sind, dürften mit dem Ratsvotum am Mittwoch aber überwunden werden: In einer Sondersitzung sprach sich eine klare Mehrheit für den von der Verwaltung eingebrachten, sich an den jüngsten Ideen der SPD anlehnenden Grundsatzbeschluss aus – und damit u. a. für Steuererhöhungen und den möglichst zügigen Weg aus dem Nothaushalt.

In geheimer Abstimmung gab es 27 Ja- und acht Nein-Stimmen bei einer Enthaltung. Und dies ist nun beschlossene Sache: die Anhebung des Hebesatzes der Grundsteuer B von 413 auf 460 Prozent ab dem 1. Januar 2015, die Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes von 412 auf 440 Prozent ab dem 1. Januar 2015, der Verzicht auf die Haushaltsmittel für grundlegende Straßensanierungen in Höhe von 200 000 Euro jährlich, spätestens ab 2018 sowie der Verzicht auf die zusätzlichen energetischen Mittel für die bauliche Unterhaltung in Höhe von 100 000 Euro jährlich, spätestens ab 2018.

Bürgermeister Hans-Peter Hasenstab wird beim Landrat die Genehmigung eines Haushaltssicherungskonzeptes beantragen. Andreas Müller habe ihm die „vordringliche Bearbeitung“ zugesagt. Liegt die Genehmigung vor, darf die Stadt wieder freiwillige Ausgaben, zu denen das Familienbüro oder die Schulsozialarbeit zählen, tätigen.

„Weiteren Schaden abwenden“

Ihm lägen 168 Unterschriften aus den Kitas vor, so Hasenstab: Appelle, den Nothaushalt zu verlassen. Er sprach sich zudem für eine Fortführung des Miteinanders im Arbeitskreis Haushaltskonsolidierung und das Einbringen der Ergebnisse der jüngsten Bürgerversammlung in die künftige Weichenstellung aus. Die den jüngsten SPD-Vorschlägen Rechnung tragende Vorlage habe er „unter Zurückstellung von Bedenken“ zur Entscheidung gestellt, um „so schnell wie möglich“ dem Nothaushalt zu enttrinnen. Er prophezeite aber auch: „Die Hebesätze halten keine fünf Jahre!“

Die zur Abstimmung gestellten Steueranhebungen seien eigentlich „als Basis für Diskussionen im Arbeitskreis“ gedacht gewesen, räumte SPD-Sprecher Helmut Kaufmann ein und „überlegte“, ob der Bürgermeister die SPD nun „übrumpelt“ oder „weise gehandelt“ habe. Mit den anstehenden Erhöhungen mutiere Hilchenbach aber nicht zur Hochsteuer-Kommune. Die Sparkommission müsse weiter tagen, der Vorsitz könne an den Bürgermeister übergehen.

Es zeichnete sich auch in den Beiträgen von UWG, Grünen, FDP und des fraktionslosen Martin Born eine (zum Teil bauchschmerzbegleitete) Mehrheit ab: Es sei eine sachliche Entscheidung für die Beendigung des Nothaushalts gefragt, und keine politische, befand Heinz Jürgen Völkel (UWG). Nachhaltiger wäre indes der Vorschlag der Verwaltung vom März gewesen. Die „heutige Sieben-Meilen-Stiefel-Erhöhung“ sei nicht die erste Wahl der FDP, sagte Christoph Rothenberg. Aber es sei Eile geboten. Da dürfe die Handlungsfähigkeit der Stadt „nicht auf dem Altar polemischer Auseinandersetzungen“ geopfert werden. Born befand, jetzt müsse die Kommunalaufsicht „vom Zahlenluftschloss überzeugt“ werden. Ob das Zahlenwerk solide sei, könne sicherlich kritisch hinterfragt werden: „Egal“ – Hilchenbach müsse jetzt aus dem Nothaushalt heraus.

Dr. Peter Neuhaus (Grüne) freute sich wie Born über den demokratischen Prozess der vergangenen Monate. Dann wetterte er gegen die CDU („Bürgermeister-Bashing als einzige Nummer ist zu wenig“) und die SPD, die zwar nach „sieben Monaten Stillstand“ endlich die Bremse lockere, zuvor aber „ein Stück ihrer Seele verraten“ habe. Ratschläge aus Arnsberg seien nicht nötig: „Wir wissen, was uns unsere Stadt wert ist.“

Die CDU, so André Jung, vertrete wahlkampfabhängig den Standpunkt: „Steuererhöhungen haben keine Priorität.“ Die Ausgaben müssten kritisch hinterfragt werden, es müsse eine stabile Struktur in den Etat, „damit nicht alle zwei Jahre“ an der Steuerschraube gedreht werden müsse. Fachliche Hilfe aus Arnsberg solle angenommen werden: Wenn dies alles nichts bringe, dann erst solle an Einnahmeverbesserungen gedacht werden.

Jugendforum ließ Sektkorken knallen

„Wir reden wieder miteinander“, freute sich schlussendlich Dr. Neuhaus. Jung ließ dies nicht unkommentiert: Attacken und Diffamierungen „gehören hier nicht hin“. Den Schlussakkord aber setzten Mitglieder des Jugendforums: Sie freuten sich über das Votum, ließen vor dem Ratssaal die Sektkorken knallen und luden das Gremium ein, versöhnlich anzustoßen.